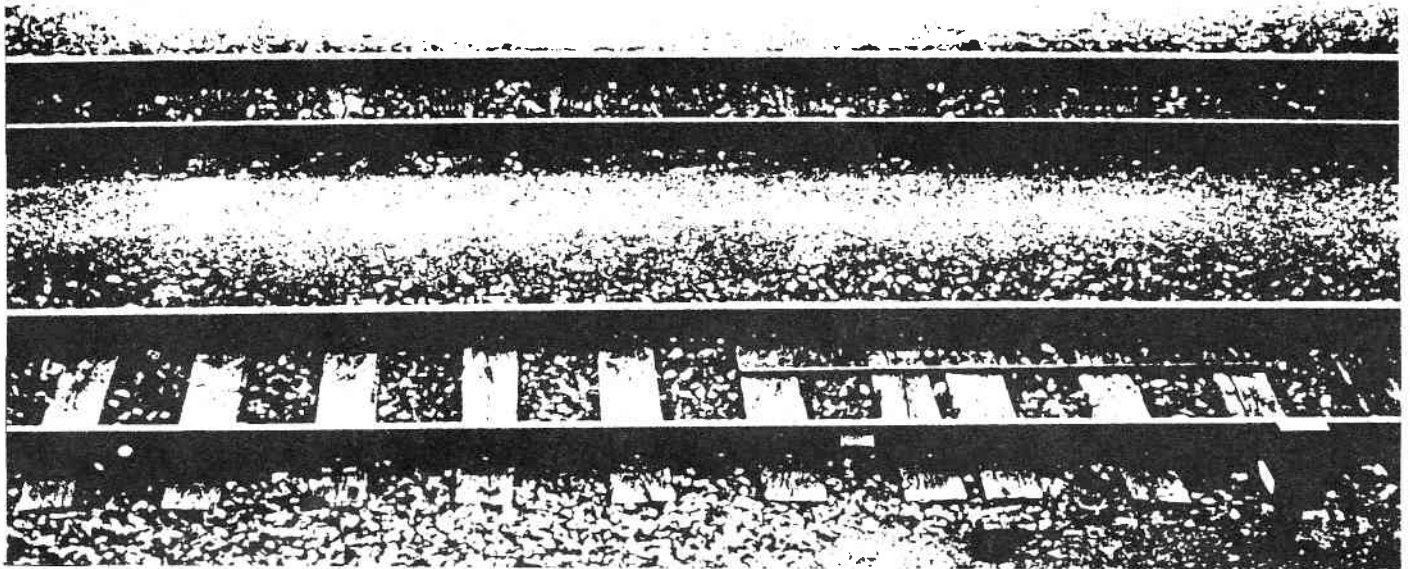


# BARRIERE



Zeitung der Politischen Arbeitsgruppe Risch

Herbst 89

Nr. 2

GLEIS 3

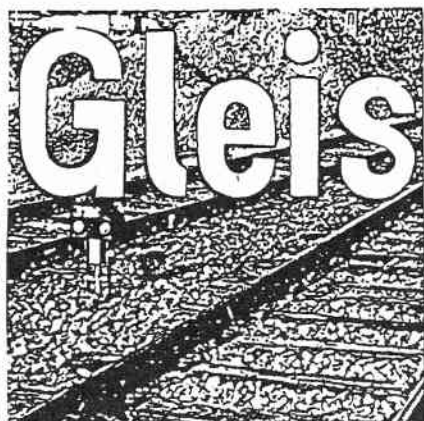
Preis Fr. 2.-



GLEIS 3 in Aktion - Mehr auf der letzten Seite

Impressum	2
Editorial	2
"Ja, aber ..."	
zum Altersheim	3
Orstplanung:	
Funkstille	4
Frauen und Politik	5
Extreme Elemente - ein Wortspiel	5
Bodenrecht - für wen eigentlich?	6
Armee und Freiheit	7
Einladung zum GLEIS 3 - Ausflug	9
Alpen-Initiative	11
Antworttalon	11
Autofreie Sonntage	10
Bildbericht:	
GLEIS 3 in Aktion	12

Politische Arbeitsgruppe Risch



## Impressum

Barriere Nr. 2

Rotkreuz, Herbst 1989

Auflage: 500

Herausgeber:  
Vorstand GLEIS 3Adresse  
für LeserInnenmeinungen und Anregungen:Politische Arbeitsgruppe Risch  
GLEIS 3  
6343 Rotkreuz

Spendenkonto:

Raiffeisenbank Rotkreuz  
PC 60-5726-6, Konto GLEIS 3

## Editorial

Die Rotkreuzer Barriere. Nicht diese Zeitung. Nein, die richtige, die alte. Beim Kreuz, zwischen Luzerner- und Chamerstrasse. Für die einen eine Erinnerung, für die andern etwas vom Hörensagen.

Vor 20 Jahren wurde die Barriere durch die Westumfahrung überflüssig. Keine Autokolonnen mehr mitten im Dorf, keine Wartezeiten für die Autos. Gott und dem Fortschritt sei Dank! Es wäre ja auch nicht mehr verantwortbar, ja gar nicht mehr auszuhalten, so viele Autos!

Wie viele sind es eigentlich, die heute die Ueberführung passieren? Sicher sind es sehr viel mehr als damals. Ausser vielleicht einigen Anwohnern fällt ihre Anzahl kaum mehr auf, seit sie sich nicht mehr einpaarmal pro Stunde mitten im Dorf stauen. Mit der Aufhebung der Barriere rückte damals aber auch die Vorstellung wieder weiter weg, es könnte einmal vielleicht sogar zuviele Autos geben, oder man könnte ja auch statt des Autos den Zug benützen.

Und heute? Einige sind inzwischen auf den Zug umgestiegen. Auch der Glaube, dass sich Verkehrsprobleme technisch lösen lassen, ist inzwischen etwas angekratzt, aber noch lange nicht überwunden. In naher Zukunft müssen wir verkehrspolitische Entscheidungen treffen, auf nationaler und auf gemeindlicher Ebene. Wenn wir es mit der Lebensqualität unseres Dorfes und unseres Landes ernst meinen, wenn uns unsere eigene Gesundheit und die unserer Nachkommen wichtig ist, werden wir die Probleme nicht nur umleiten oder verlagern dürfen, sondern müssen auch HALT sagen, wie früher die Barriere beim Roten Kreuz.

Joseph Bürgler

## **“Ja, aber.....” zum Altersheim**

Eine Abstimmungsempfehlung für das Altersheim, jetzt? Kommt dieser Artikel nicht ein Jahr zu spät? - Nein, denn es geht hier nicht um eine Parole für oder gegen den schon gesprochenen Altersheimkredit, sondern um eine Grundhaltung zum Altersheim. Es ist eine Aufforderung an uns alle, das Altersheim in unser Dorfleben zu integrieren. Gleichzeitig weist dieser Titel aber auch darauf hin, dass mit diesem Bau für die älteren Menschen noch nicht genug getan ist.

Schon vor der ersten öffentlichen Orientierung der Stiftung Alterszentrum Risch-Meierskappel, noch vor meiner Zeit im Gemeinderat und im Stiftungsrat, haben wir uns innerhalb der Arbeitsgruppe Gleis 3 mit grundsätzlichen Fragen zur Alterspolitik befasst. Zusammengefasst war damals die Meinung, dass die gemeindliche Alterspolitik nicht mit dem Bau eines Altersheimes abgeschlossen sein darf. Wir betonten, dass mit einer ausgebauten Spitex und mit anderen Wohnformen einer neuen Generation aktiver Betagten auch Rechnung getragen werden kann und muss. Zu diesem Zeitpunkt waren aber solche Gedanken für die Verantwortlichen noch fremd, und als wir nach dem Bild des alten Menschen im Altersheim fragten, wurden wir als voreingenommene Gegner des Altersheimes abgetan.

### **Gedanken zum Alter beschränkten sich auf Altersheimplanung**

Obwohl ich später selber im Stiftungsrat mitarbeiten konnte, hatte ich sehr grosse Vorbehalte sowohl gegen dieses einseitige Denken, als auch gegen das erste Projekt. Zu diesem Zeitpunkt fanden allerdings keine Grundsatzdiskussionen mehr statt (wenn sie überhaupt je stattgefunden haben).

Mittlerweile befindet sich nun das neue Altersheim im Bau, nachdem das erste Projekt abgelehnt wurde und dadurch mehr als eine halbe Million Franken an Planungskosten “verloren” gingen. Ich glaube aber, dass es sich für die Sache an sich trotzdem gelohnt hat. Obwohl es beim jetzigen Altersheim wieder sehr schnell ging, konnten immerhin einige unserer damals schon als wichtig erachteten Anliegen in das Projekt einfließen.

### **Altersleitbild wird nächstens veröffentlicht**

Aber jetzt dürfen wir nicht bei der Verwirklichung dieses Altersheimes stehenbleiben. Die auf Antrag der Sozialabteilung vom Gemeinderat eingesetzte Arbeitsgruppe hat in den letzten eineinhalb Jahren ein umfassendes Altersleitbild erarbeitet, das konkrete Vorschläge in den Bereichen ambulante Grundversorgung, Animation und Wohnformen bringt. Dieses Leitbild wird nächstens veröffentlicht. Das Altersheim ist in diesem Konzept nur ein Teil der gesamten Alterspolitik. Es hat bestimmt seine Berechtigung als Wohnform, und es übernimmt mit dem Spitex-Stützpunkt auch eine wichtige Funktion der ambulanten Grundversorgung. Damit allerdings das Altersheim als mögliche Wohnform nicht mit allzu grossen Vorurteilen belastet ist und sich die Betagten nicht als Abgeschobene und vom Dorfleben Ausgeschlossene vorkommen, muss das Heim von der Dorfbevölkerung akzeptiert und ins Dorf integriert werden.

Aus diesen Gründen sage ich Ja zum Altersheim, aber nur wenn auch die anderen wichtigen Teile, wie sie im Konzept vorgeschlagen werden, unterstützt, gefördert und verwirklicht werden.

Thomas Kumpera, Gemeinderat

## Ortsplanung: Funkstille

Vorläufig herrscht Funkstille in Sachen Ortsplanung. Die Mitglieder der Ortsplanungskommission stehen unter Schweigepflicht bis zur Orientierungsversammlung und bis zur Planaufgabe, welche möglichst noch dieses Jahr stattfinden sollen.

### Interpellation Industriezone

An der letzten Gemeindeversammlung hat GLEIS 3 eine Interpellation an den Gemeinderat gerichtet. Die Fragen betrafen das rasante Wachstum in der Industriezone Rotkreuz. Zu einer Antwort möchten wir nun Stellung nehmen.

Der Gemeinderat nimmt an, dass im gesamten Industriegebiet noch ca. 1000 - 2000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können. Diese Annahme liegt aber weit unter den tatsächlichen Möglichkeiten, das wird sich zeigen. Das Problem wird also heruntergespielt. Wir fragen uns: warum?

### Einsprache, Beschwerde

Unsere Einsprache gegen das Baugesuch der Firma Lippenrüti AG direkt hinter dem Schöngrund mit ehemals 352 geplanten Parkplätzen wurde vom Gemeinderat abgewiesen. Die Parkplatzzahl war in der Zwischenzeit willkürlich auf 299 Parkplätze gedrückt worden. Damit sollte die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) umgangen werden, welche ab 300 Parkplätzen erforderlich ist. Als willkürlich muss das Vorgehen bezeichnet werden, weil einfach Lagerflächen aus der gesamten Bruttogeschossfläche (BGF) herausgenommen wurden, allerdings nur für die Berechnung der Parkplatzzahl. Dies widerspricht der üblichen Praxis für die Industriezone.

Unser Ziel ist eine massive Reduktion der Parkplatzzahl, damit Bahn und Bus direkt vor

der Haustüre besser benützt werden. Weiter setzen wir uns auch dafür ein, dass keine Detailhandelsgeschäfte in der Industriezone angesiedelt werden. Wir haben deshalb zusammen mit dem VCS-Zug eine Beschwerde an den Regierungsrat gerichtet. Das Verfahren ist noch hängig.

Der GLEIS 3 Vorstand

---



---

*psst*

S

SC

SCH

SCHW

SCHWE

SCHWEI

SCHWEIG

SCHWEIGE

PFLICHT

UH

---



---

**Frauen - Macht - Politik  
Frauenmacht - Politik  
Frauen - Machtpolitik  
Frauen, macht Politik!**

Nicht nur der berühmte Maschinenkünstler Jean Tinguely hat in seiner diesjährigen 1. Augustrede in Dietlikon darauf hingewiesen, sondern auch der Bundesrat hat endlich erkannt, dass der Frauenförderung in der Politik mehr Beachtung geschenkt werden muss. Gleich viele Frauen wie Männer sollen zukünftig in allen kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Parlamenten oder Kommissionen vertreten sein. Ein Wunschtraum? Jean Tinguely meinte: "Wir müssen die Frauen um ihre Mitarbeit bitten, denn wenn jemand die Welt retten kann, sind sie es." Fähige und engagierte Frauen gibt es heute nämlich genug. Die Frage ist nur, wie können sie frauenpolitisch zusammenarbeiten, sich gegenseitig unterstützen und lernen als Frauen öffentlich zu werden.

**Ein Volkskurs von Frauen für Frauen**

Frau Monika Zenklusen Müller, Steinhausen organisiert zu diesem Thema Frauen - Macht - Politik einen zweitägigen Kurs. Spezifisch wird auf die politischen Verhältnisse in unserer Region eingegangen. Mögliche Arbeitsformen werden sein: Erfahrungsaustausch und Arbeit in Gruppen, Information in Form von Kurzreferaten, Rollenspielen, gemeinsame Lektüre von Texten, Diskussionen im Plenum, praktische Übungen, Teamleitung.

Sind sie interessiert?

Anmeldeformulare können bezogen werden bei:

Christine Hausherr, Waldhof 1,  
6343 Rotkreuz, Tel. 64 35 42

**Kursangaben**

Datum: Samstag, 18.11.89, 14.00 Uhr bis  
Sonntag, 19.11.89, 17.00 Uhr

Ort: Hotel Restaurant Rotschuo, Gersau

Team: Christine Goll, Erwachsenen-  
bildnerin und Kantonsrätin, Zürich  
Isabelle Meier, Journalistin und  
Erwachsenenbildnerin, Stäfa

Kosten: Fr. 180.- inklusive Kursunterlagen  
(Reduktion auf Anfrage möglich)

Verpflegung und Uebernachtung: Fr. 102.-

**Extreme Elemente - ein  
Wortspiel!**

Auf auf, Ihr Patrioten - es ist an der (Schweizer)Zeit auf den Tacho zu schauen; er zeigt das Limit an. Auf, Ihr Männer und Frauen an die (Patriotische) Front!

(A)UNS graut vor den vielen Ausländern in unserem Schweizerlande. Ein eiserner Besen muss her, oder wenigstens ein Blocher, um endlich aufzuräumen mit all den subversiven Elementen und Landesverrättern. Wir strebeln nach Zucht und Ordnung. Dreh-er das Steuer rum! - Es tönt der Ruf nach Freiheit der Schweiz.

Schön, Huber ist auch ein Narziss; aber lasst doch das R weg, und die SS, sagt es, habe er auch gestrichen. - In Frankreich schreibt man die Hass-Tiraden nicht mehr mit einem Stylo, vielmehr auf englisch: with a pen, oder doch frankophon: avec le pen. - In Oesterreich gibt's auch einen, der's freiheitlich meint für die Seinen. - Hai, der geht aber zur Sache. - Dafür ist in Italien der Faschismus Fini-to?

René Kaufmann

## Bodenrecht - für wen eigentlich?

Der Bundesrat will mit drei dringlichen Bundesbeschlüssen der unerhörten Preissteigerung auf dem Bodenmarkt und der Konzentration von Grundeigentum entgegentreten. Damit reagiert er auf die zunehmend lauter werdende Kritik der Mieterverbände an der eidgenössische Bodenpolitik. Folgende Sofortmassnahmen werden dabei ins Auge gefasst:

- Eine Sperrfrist von 5 Jahren für den Wiederverkauf von nicht landwirtschaftlichen Grundstücken
- Eine Pfandbelastungsgrenze von 80 % für solche Grundstücke
- Für Pensionskassen und Lebensversicherungen soll zudem der maximale Liegenschaftsanteil auf 25 % des Gesamtvermögens begrenzt werden.

Der ausser Rand und Band geratene Bodenmarkt liess den Behörden gar keine andere Wahl, als mit geeignet scheinenden Mitteln in das Geschehen einzugreifen. Dass diese Mittel nicht allseits auf Gegenliebe stossen würden, war vorauszusehen. Die liberalen Vorstellungen zur Bodenpolitik drehen sich denn auch hauptsächlich um den uneingeschränkten Schutz des Privateigentums. Es scheint die wichtigste Sorge zu sein, wie weiterhin unverhältnismässig Profit aus Grund und Boden und auf dem Buckel der Mieter erwirtschaftet werden kann. In grosszügiger Weise wird auf der anderen Seite dem Zugang zum Wohneigentum für eine möglichst breite Bevölkerungsschicht das Wort geredet.

Nun möchte man natürlich ganz gerne wissen, ob man denn auch zu dieser breiten

Bevölkerungsschicht gehört, die sich noch ein Eigenheim leisten kann. Nun, für den Kanton Zug kann ich Ihnen die Rechnung machen!

Auch wenn Sie Fr. 200'000.- Ersparnes haben - und wer hat das schon - sollten Sie sich nicht zu früh freuen. Für ein Eigenheim muss heute so mit Fr. 800'000.- und mehr gerechnet werden. Ein solcher Kauf würde bedeuten, dass Fr. 600'000.- an Hypotheken zu verzinsen sind. Dies ergäbe eine Belastung von Fr. 3'000.- im Monat, ohne Nebenkosten. Können Sie sich das leisten? Nein? Dann gehören Sie halt eben wie ich nicht zur (breiten) Bevölkerungsschicht mit Aussichten auf ein Eigenheim und fristen ihr Dasein weiterhin als Mieter. Es bleibt der Trost, dass man sich damit wenigstens in der breitesten Bevölkerungsschicht der Schweiz befindet.

An dieser Situation werden auch die dringlichen Bundesbeschlüsse kaum etwas ändern können. Im besten Falle kann mit einer Verflachung der Bodenpreisentwicklung gerechnet werden. An der Tatsache aber, dass ein Grossteil der Bevölkerung für immer von der Möglichkeit ausgeschlossen ist, Eigentum zu erwerben, daran gibt es nichts mehr zu ändern.

Die Umverteilung von Grund und Boden, wie auch die Konzentration des Bodens auf immer weniger Eigentümer (man beachte die Entwicklung in der Landwirtschaft), sind ein gefährliches Spiel und dürften unsere Gesellschaftspolitik noch schwer belasten. Daran können auch die schönen Worte der Festredner an den kürzlich allorts veranstalteten Gedenkfeiern nichts ändern. Von Näherzusammenrücken, um die Schweiz als Heimat zu bewahren, wurde da geredet. Etwas viel verlangt, meine ich. Vor allem von jenen, die beim grossen Zusammenrücken leer ausgehen.

Daniel Zülle

## Armee und Freiheit

Jede Armee dieser Welt dient in erster Linie der Erhaltung und Zurückgewinnung von Macht! Eine Behauptung? Im folgenden will ich versuchen, diese These etwas zu erhärten.

Ein Blick zurück in der Geschichte zeigt, dass viele Armeeeinsätze jeweils gegen eigene Bürger gerichtet waren, wie z.B. in Argentinien, Chile, Burma, Südafrika. Traurige Beispiele für solche Machtdemonstrationen waren in jüngster Zeit auch verschiedene Demonstrationsniederschlagungen in der Sowjetunion und vor allem das Massaker vom 3. Juni 1989 in China, auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Die elitäre Führung Chinas hat damals mit einem äusserst brutalen Militäreinsatz die Hoffnung eines Volkes vernichtet. Und dies nur aus Angst der Machthaber, etwas von der Macht und den Privilegien einzubüssen.

### Armeen im Dienste des Kapitals

Die chinesische Armee - wie jede andere dieser Welt auch - dient den Herrschenden als Instrument, Macht und Reichtum zu bewahren.

Auch die schweizerischen Parteien der "Multis, Banken und Armeelobbys" bekennen sich aufgrund ihrer Forderungen und Parteislogans dazu, dass sie alles daran setzen werden, Macht und Kapital noch zu vermehren. Sie fordern weniger Staat (und meinen dabei vor allem weniger Sozialleistungen und weniger Auflagen im Bereiche des Umweltschutzes) und mehr Freiheit. Welche Freiheit meinen sie wohl? Etwa die Freiheit, Bodenpreise und Mieten ins Grenzenlose anwachsen zu lassen, die Freiheit, riesige Profite auf Kosten von Mensch und Umwelt zu erzielen, die Freiheit, Frauen weiterhin zu diskriminieren oder die Freiheit, Menschen, die für ihre Rechte auf die Strasse gehen, mit brutaler Polizeigewalt in die Schranken zu weisen? Geht es unseren

Volksvertretern und Militärspitzen (viele sitzen in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen von Banken, sowie Waffen- und Chemiekonzerne) etwa gar nicht um die Verteidigung der wirklichen Freiheit jedes einzelnen, sondern nur um die Sicherstellung eines möglichst grossen Profits?

### Von der Vergangenheit lernen

Folgende frei ausgewählten Beispiele von Armeeeinsätzen gegen das eigene Volk in der Schweiz bestätigen diese Annahme und machen deutlich, wie gefährlich sich eine solche Machtkonzentration innerhalb von Wirtschaft und Militär auswirken kann.

---

**"... Wir wollen in Freiheit und Gerechtigkeit leben und sind froh zu wissen, dass unsere Armee nie für eine Machtpolitik eingesetzt wird, welche die Menschenwürde zu Boden tritt. Darum bejaht der Schweizer Soldat unsern Staat und Dienst in freier Seele. ..."**

Soldatenbuch Seite 16

---

Im Jahre 1917: In Zürich streiken die Munitionsarbeiter. Sie fordern mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Es werden 2'300 Soldaten aufgeboten, und es kommt zu brutalen Zusammenstössen zwischen den Streikenden und der Armee. Dieser Armeeeinsatz gegen arbeitende Bürger fordert 4 Tote.

Ein Jahr später: Beim Beginn des Landesgeneralstreikes werden 95'000 Mann der Schweizer Armee aufgeboten. An verschiedenen Orten in der Schweiz kommt es zu Truppeneinsätzen, und es gibt mehrere Tote und viele Verletzte.

Im Jahre 1932 werden in Genf zum Schutze einer faschistischen Grossveranstaltung Rekruten aufgeboten. Eine entsprechende Gegendemonstration wird von bewaffneten Schweizer Soldaten niedergeschlagen. Die Folgen dieses wahnsinnigen Einsatzes sind 13 Tote, viele Verletzte und eine aufkommende Angst und Wut unter der Bevölkerung.

Mai 1991: In Zürich demonstrieren mehrere Tausend Menschen gegen die permanente Wohnungsnot. Obdachlose Bürger besetzen abbruchreife Spekulationsobjekte. Solidaritätskundgebungen in anderen Städten geben den Besetzern Mut zum Weitermachen. Kurz darauf werden die besetzten Häuser aber von der Polizei und von Armeeeinheiten mit Gewalt geräumt. Bereits am Tag darauf beginnt man mit dem Abbruch dieser Häuser. Für viele unter der argen Wohnungsnot leidenden Menschen ist eine Hoffnung.....! Ach, ich bin der Zeit wohl etwas voraus.

---

**Wer im rechten Sinn den Menschen helfen will,  
vergewaltigt nicht durch Waffen die Welt,  
denn die Handlungen kommen auf das eigene Haupt zurück.  
Wo die Heere gewellt haben, wachsen Disteln und Dornen.  
Hinter den Kämpfen her kommen immer Hungerjahre.  
Darum sucht der Tüchtige nur Entscheidung, nichts weiter;  
er wagt nicht durch Gewalt zu erobern.  
Entscheidung, ohne sich zu brüsten,  
Entscheidung, ohne sich zu rühmen,  
Entscheidung, ohne stolz zu sein,  
Entscheidung, weil`s nicht anders geht,  
Entscheidung, ferne von Gewalt.**

Laotse

Aber Tatsache ist doch, dass die Schweizer Armee vor allem gegen eigene Bürger eingesetzt wurde; gegen Arbeiter, die sich gegen die Ausbeutung zur Wehr setzten, gegen Menschen, die sich gegen die "Obrigkeit" auflehnten. Solche Einsätze sind jederzeit möglich, solange es eine Armee gibt. Dies hat ja auch der Bundesrat kürzlich bestätigt, als er ein Armeeaufgebot gegen Atomkraftwerkbesetzer nicht ausschloss.

Was ist denn das für eine Demokratie, in der die Freiheit so hochgepriesen und trotzdem immer wieder mit Füßen getreten wird? Unsere Freiheit basiert auf Angst und Schuldgefühlen und ist deshalb eine negative Freiheit.

Unsere Politiker und Militärs geben immer wieder vor, die Armee bewahre unsere Freiheit und unser Wohlergehen. Im Widerspruch zu dieser vielgelobten Freiheit werden aber Ueberwachungs- und Computerkontrollsysteme ausgebaut, die Polizei verstärkt und Berufsverbote ausgesprochen. Es wirkt wenig glaubwürdig, wenn sich Politiker für eine "Schweiz mit Armee" einsetzen, damit Freiheit und Wohlstand bewahrt werden können, auf der anderen Seite aber für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und somit für das wirkliche Wohl jedes einzelnen, wenig Energie aufwenden.

Um eine positive Freiheit zu erlangen, d.h. eine Freiheit, die innerlich autonom macht und von Aengsten und Anpassungszwängen befreit, müssen wir uns für die Armeeabschaffung und für eine wirksame Friedenspolitik einsetzen.

Josef Kaufmann



Wir laden alle ganz herzlich ein zum  
**GLEIS 3 - Ausflug**

Wandern, jassen, essen, übernachten,  
wandern, picknicken, ...

Emmetten - Klewenalp -  
Niederrickenbach

Samstag/Sonntag 7./8. Oktober 1989

**Programm**

Samstag

Rotkreuz ab um 13.56 Uhr /  
Reise mit SBB, PTT und Seilbahn nach  
Emmetten-Stockhütte /  
Wanderung (ca. 2 gemütliche Stunden)  
nach Klewenalp /  
Uebernachtung

Sonntag

Warten auf Nachzügler /  
Wanderung (ca. 3 Stunden) mit Picknick  
etc. nach Niederrickenbach /  
mit Seilbahn, Stans-Engelbergbahn und  
SBB zurück nach Rotkreuz /  
Ankunft ca. 18.00 Uhr

**Fahrplan für Nachzügler am Sonntag:**

Rotkreuz	ab	08 <sup>56</sup>	Uhr
Luzern	an	09 <sup>15</sup>	Uhr
	ab	09 <sup>25</sup>	Uhr
Stans	an	09 <sup>43</sup>	Uhr
	ab	09 <sup>46</sup>	Uhr
Beckenried	an	10 <sup>08</sup>	Uhr
(Seilbahn)	ab	10 <sup>30</sup>	Uhr
Klewen	an	10 <sup>35</sup>	Uhr

**Besammlung am Sonntag:**

10<sup>45</sup> Uhr bei der Bergstation Klewenalpbahn



Für die Verpflegung am Samstagmittag und am Sonntag sollte etwas im Rucksack mitgenommen werden. Das Nachtessen am Samstag können wir im Restaurant bestellen.

Ueber ein allfälliges, aber völlig unwahrscheinliches **Schlechtwetterprogramm** gibt am Samstagmorgen Telefon 182 Auskunft.

Die Anmeldung mit dem untenstehenden Talon erwarten wir bis spätestens **2. Oktober** an Joseph Bürgler, Sagenweid 6, Tel. 64 19 24.

Wir freuen uns auf ein zahlreiches Mitmachen.

**Anmeldung**

Wir/ich nehme/n teil an der GLEIS 3 - Wanderung vom 7./8. Oktober 1989

Name(n): .....

Anzahl Personen:

Davon nicht schulpflichtige Kinder:

Kinder bis 16 Jahre und 1/2-Preis- Abonnements:

Wir/ich komme/n erst am Sonntag:

**Der Ständerat hat es Ende 1988 abgelehnt 12 autofreie Sonntage einzuführen. Dieser Sachverhalt veranlasst mich zu nachfolgender Stellungnahme:**

## **Ich möchte autofreie Sonntage**

Der Ständerat hat seinen Entscheid zu Ungunsten der zwölf autofreien Sonntage und des motorfahrzeugfreien Bettages getroffen. Zwar billigt er den Initianten lobenswerte Absichten zu. Aus diversen Gründen sei der Entscheid trotzdem richtig gewesen. Betrachten wir diese Argumente im Einzelnen:

Der Vorstoss sei einerseits unrealistisch, weil er im Volk keine Mehrheit finden würde und das Verhältnis zu den Nachbarländern (Vignette, Schwerverkehrsabgabe, 28-Tonnen-Limite und Sonntags- und Nachtfahrverbot für Schwerverkehr) nicht noch mehr belastet werden dürfe. Andererseits sei die Massnahme ungerecht, weil nicht alle Bürger die gleiche Möglichkeit hätten, das Fahrverbot zu umgehen.

Der letzte Einwand ist zweifellos richtig, jedoch nicht stichhaltig. Nie kann der Staat bei einem Erlass so entscheiden, dass alle Bürger die gleichen Vor- oder Nachteile haben. Vergleichen wir das Beispiel Luftreinhalteverordnung. Jeder wünscht zwar bessere Luft zum Atmen, aber nicht alle bezahlen dafür gleich viel. Trotzdem würde es niemand einfallen, diese Verordnung als ungerecht zu bezeichnen. Wichtiger ist jedoch die Ueberlegung, dass von autofreien Sonntagen (und reinerer Luft) jeder profitieren könnte. Wenn an solchen Tagen in jeder Stadt und in jedem Dorf Ruhe einkehrt, ist es ja auch gar nicht mehr notwendig, diese auswärts zu suchen.

Im weiteren wird betont, dass autofreie Sonntage im "Volk" keine Mehrheit finden würden.

Da frage ich mich schon, ob die gnädigen Damen und Herren in Bern nichts anderes zu tun haben, als zu überlegen, was in einer Abstimmung eine Chance hätte und was nicht. Vielleicht könnten die Parlamentarier auch einmal in Erwägung ziehen, was sie persönlich als sinnvoll halten. Dass es ganz einfach der Umwelt gut täte und alle SchweizerInnen, - wenn zum Teil auch unfreiwillig - erleben würden, was sie an ihrer Heimat eigentlich hätten, wenn die motorische Zivilisation ausnahmsweise gedrosselt würde.

Können wir den Nachbarstaaten eine weitere Verkehrseinschränkung zumuten? Es ist klar, dass man an ihr am Anfang keine grosse Freude hätte. Auch die ausländischen Touristen und Gäste müssten sich daran gewöhnen, dass in der Schweiz an gewissen Tagen Verkehrsruhe herrschte. Ich glaube aber, dass die meisten schnell lernen würden, damit zu leben. Viele würden meiner Ansicht nach sogar bald entdecken, dass unser (Ferien-)Land durch diese Massnahme einen besonderen Reiz bekäme. Ausserdem kann ich mir gut vorstellen, dass einige Regierungen froh wären, wenn die Schweiz mit mutigen Schritten vorgehen würde. So hätten sie eher Chancen, in ihrem Land ähnliche Schritte durchzusetzen. Auf diese Rolle dürfen wir im Zusammenhang mit der Einführung der Katalysatortechnik ja auch stolz sein. Ich sehe nicht ein, weshalb wir mit motorfahrzeugfreien Sonntagen nicht einen ähnlichen Erfolg haben könnten. Damit sind die relativ sachlichen Argumente, die angeblich gegen eine Einführung von autofreien Tagen sprechen, widerlegt.

Natürlich könnte heute schon jeder, der will - ohne behördliche Anordnung - jederzeit auf das Auto verzichten. Natürlich sind "solche" autofreien Tage nicht verboten (und viele verzichten schon heute freiwillig auf das Auto), aber sie sind schlicht nicht möglich.

Wenn wenige oder auch viele Mitbürger auf die sonntägliche Fahrt verzichten, können wir unsere Heimat nicht autofrei erleben und geniessen. Im Gegenteil, wenn ein Teil der Lenker auf das Fahren verzichtet, haben die übrigen mehr Platz und Raum auf den Strassen, freuen sich darüber und nutzen die Gelegenheit natürlich aus. Wer will ihnen das verübeln? Resultat: Gleich viel Verkehr wie immer. Dies ist eben ein Beispiel, dass es mit Freiwilligkeit nicht geht, nicht gehen kann.

Entweder machen alle mit, dann wird das "Wunder" möglich (und bringt allen mehr Lebensqualität), oder wir lassen es bleiben. Die Ausführungen machen deutlich, dass eben doch unsere Behörde, und wenn nötig das Volk, einen Beschluss fassen muss, wenn wir motorfahrzeugfreie (Wunder-)Tage haben wollen. Und ich bin jemand, der sie sich ganz besonders wünscht.

Walter Richner

## ALPEN-INITIATIVE

Wussten Sie schon, dass der Schwerverkehr am Gotthard von 1980 bis 1988 um mehr als das Zwanzigfache zugenommen hat?

Diese statistische Feststellung sagt aber noch nichts aus über die Art der transportierten Güter. Regelmässig fahndet die Urner Kantonspolizei nach illegalen Giftransporten. Skrupellose Transportunternehmer verschleppen auf der Strasse hochgiftige Frachten: Die Laster werden so zu rollenden Zeitbomben.

Dies ist nur einer der Gründe, die zur Lancierung der Alpen-Initiative am 8. Mai 1989 geführt haben. Die Absicht der Initiative besteht darin, das Alpengebiet generell vor den negativen Folgen des Schwerverkehrs zu schützen. Sie verlangt konkret die Verlagerung des Gütertransitverkehrs von der Strasse auf die Schiene und ein Verbot für weitere Transitstrassen (= Autobahnen) im Alpengebiet.

In den ersten vier Monaten wurde bereits ein Drittel der Unterschriften zusammengebracht. Tragen auch Sie zum raschen Zustandekommen der ALPEN-INITIATIVE bei!

Unterschriftenbogen können bei Joseph Bürgler, Sagenweid 6, Telefon 64 19 24 oder direkt beim Sekretariat der Alpen-Initiative, Postfach 29, 3900 Brig, Telefon (028) 24 22 26 bezogen werden.

## Liebe LeserInnen

Die BARRIERE erscheint zweimal jährlich. Diese Zeitung der Politischen Arbeitsgruppe Risch GLEIS 3 möchte herausfordern und zu Diskussionen anregen. Wir freuen uns auf Meinungen und Stellungnahmen.

- Ich möchte die BARRIERE regelmässig erhalten
- Ich bin SympathisantIn der Politischen Arbeitsgruppe Risch GLEIS 3 und zahle auf PC 60-5726-6 der Raiffeisenbank Rotkreuz Konto GLEIS 3 einen Unterstützungsbeitrag ein.
- Ich möchte Mitglied der Politischen Arbeitsgruppe werden und erwarte Ihre Unterlagen.

Name: .....

Adresse: .....

Einsenden an:

Politische Arbeitsgruppe Risch GLEIS 3,  
6343 Rotkreuz

**Praktischer Naturschutz**

Das Naherholungs- und Naturschutzgebiet Binzmühle/Reusschachen konnte in den letzten Jahren schrittweise erweitert werden. Erst vor kurzem wurde von Kantischülern entlang des Schilfgürtels eine Böschung neu bepflanzt. Diese Hecke mit einer grossen Vielfalt einheimischer Büsche soll einem Teil unserer bedrohten Vogelwelt den angestammten Lebensraum zurückgeben.



Solche Schutzgebiete brauchen Pflege, welche heute zu einem grossen Teil von Naturschutzorganisationen und ihren Helfern wahrgenommen werden. Diese freiwillige Arbeit schafft neue Beziehungen zur Natur und bedeutet zugleich praktischer Vollzug der Naturschutzgesetze, welche nur allzu oft zum Papiertiger degradiert werden.